

*Wie steht Generalleutnant Klaus Peter Stieglitz, der Inspekteur der Bundes-Luftwaffe zu unserer Verfassung?*

**LUFTPOST**

Friedenspolitische Mitteilungen aus der  
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein  
LP 013/06 – 01.02.06

## **Generalleutnant Stieglitz**



FOTO: Internet, BW

**Wie stehen Sie zum Grundgesetz?**

## **Brief der Bürgerinitiative gegen Fluglärm, Bodenlärm und Umweltverschmutzung e. V. an den Inspekteur der Luftwaffe, Generalleutnant Klaus Peter Stieglitz, mit Datum vom 28.09.05**

### **Flugbewegungen der US-Streitkräfte über dem Territorium der Bundesrepublik, Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes vom 21.06.05 (BVerwG 2 WD 12.04)**

Sehr geehrter Herr Stieglitz,

nach dem o.a. Urteil verstoßen alle Flüge der US-Streitkräfte vom Boden oder durch den Luftraum der Bundesrepublik, die in Zusammenhang mit den US-Kriegen in Afghanistan oder im Irak stehen, gegen das Völkerrecht und das Grundgesetz. Da Sie in Ihrem Diensteid geschworen haben, „der Bundesrepublik treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen“, müssen Sie umgehend tätig werden, um die ständigen Verstöße gegen unsere Verfassung zu unterbinden.

Durch frühere Tätigkeiten sind Sie ja mit allen Problemen des militärischen Flugbetriebes, der Flugsicherheit und Flugsicherung in Deutschland bestens vertraut und kennen die US-Air Base Ramstein aus eigener Anschauung. Zur schnellen Vorab-Information legen wir Ihnen zwei Internetausdrucke unserer Zeitung LUFTPOST bei, die sich mit den völkerrechts- und grundgesetzwidrigen US-Flugbewegungen befassen, die von den US-Flugplätzen Ramstein und Spangdahlem ausgehen.

Das Ihnen unterstellte Luftwaffenamt mit seinem Amt für Flugsicherung der Bundeswehr hat auch den Flugbetrieb der Alliierten im Luftraum der Bundesrepublik zu kontrollieren und alle Flüge ohne NATO-Auftrag einzeln zu genehmigen.

Wir erwarten, dass Sie über Ihre nachgeordneten militärischen Dienststellen den Flugverkehr der US-Streitkräfte über unserem Land genauestens überwachen und alle Flüge untersagen, die der Vorbereitung und Unterstützung der US-Kriegsführung in Afghanistan und im Irak dienen.

Nach dem o.a. Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes müssen alle derzeitigen Übungsflüge zur Kriegsvorbereitung der US-Piloten und alle Transport- und Versorgungsflüge der US-Streitkräfte sowie sämtlich Charterflüge ziviler Flugdienste in die genannten Kriegsgebiete verboten werden.

Das seit Januar 2002 ständig gestiegene Flugaufkommen der US-Streitkräfte und der damit einhergehende nahezu ganztägige Fluglärmterror werden sich schlagartig um über 90 Prozent vermindern, wenn Sie und Ihre zuständigen Dienststellen nach Recht und Gesetz handeln.

Wir erwarten eine baldige Antwort, die den Forderungen des o.a. Urteils gerecht wird und hoffen, dass Sie dazu beitragen, dem Völkerrecht und dem Grundgesetz wieder Geltung in der Bundesrepublik zu verschaffen.

Falls Sie nicht umgehend im genannten Sinne tätig werden, behalten wir uns weitere Schritte vor.

Mit freundlichen Grüßen  
Der Vorstand

Dem Schreiben waren Ausdrucke der LP 033/05 und 034/05 beigelegt, die sich mit den Auswirkungen des o.a. Urteils auf den Flugverkehr der US-Streitkräfte im Luftraum der BRD befassen. Sie sind in unserem Archiv nachzulesen.

**Die Bürgerinitiative erhielt weder eine Eingangsbestätigung noch eine Antwort auf ihr Schreiben und wandte sich deshalb am 12.11.05 erneut – verständlicherweise sehr verärgert – an den Generalleutnant.**

Unser Schreiben vom 09.2005  
Flugbewegungen der US-Streitkräfte

Herr Stieglitz,

wir gehen davon aus, dass Sie den in Kopie beigefügten Brief erhalten haben. Eine Antwort Ihrerseits steht bisher noch aus! Dies ist nicht nur ein schlechter Stil, sondern ist wiederum ein Beweis für die Ignoranz und die Arroganz der Militärs weltweit und besonders von Ihnen.

Wir weisen Sie daraufhin, dass Sie als ranghöchster Offizier der Luftwaffe und unmittelbarer Mitarbeiter des Bundesverteidigungsministers eine Fürsorgepflicht gegenüber der Bevölkerung haben und auch eine Auskunftspflicht oberster Dienstbehörden, wenn diese verlangt wird.

Eine Antwort auf unseren Brief erwarten wir in den nächsten 10 Tagen. Sie dürfen sicher sein, dass wir rechtliche Schritte gegen Sie einleiten werden, wenn weiterhin eine Antwort ausbleibt.

Der Vorstand

**Nachdem wieder keine Reaktion erfolgte, erhob die Bürgerinitiative am 23.11.05 beim neuen Verteidigungsminister Dr. Franz Josef Jung Dienstaussichtsbeschwerde gegen den Offizier.**

**Dienstaufsichtsbeschwerde über den Inspekteur der Luftwaffe,  
Generalleutnant Klaus Peter Stieglitz**

Sehr geehrter Herr Minister Dr. Jung,

am 28.09.2005 haben wir dem Inspekteur der Luftwaffe, Herrn Generalleutnant Stieglitz, den anliegenden Brief mit den beigefügten Anlagen zugesandt. Am 12.11.2005 haben wir eine Antwort angemahnt. Bis zum heutigen Datum haben wir weder eine Eingangsbestätigung noch eine Antwort erhalten.

Wir wenden uns mit unserer Dienstaufsichtsbeschwerde an Sie, in der Hoffnung, dass Sie Ihren Untergebenen veranlassen, sich umgehend mit unserem Schreiben zu befassen und die darin erhobenen Forderungen angemessen zu bescheiden.

Sie könnten den Vorgang sicher beschleunigen, wenn Ihr Ministerium den Herrn Generalleutnant über die angesprochenen Rechtsfragen unter Berücksichtigung des Bundesverwaltungsgerichtsurteils BVerwG 2 WD 12.04 belehrt und ihn an seine Pflicht zur Verfassungstreue und zur Verteidigung unseres Grundgesetzes erinnert.

Wir hoffen, dass wir bis zum 31. Januar 2006 eine Antwort von Ihnen erhalten.

Mit freundlichen Grüßen  
Der Vorstand

**Mit Datum vom 06.01.06 erhielt die Bürgerinitiative am 21.01.06 folgende Antwort des Bundesministeriums der Verteidigung:**

Sehr geehrte ....

Ihre Dienstaufsichtsbeschwerde vom 23. November 2005 gegen Herrn Generalleut-

nant Stieglitz habe ich in Vertretung des Bundesministers geprüft. Es gibt keine Veranlassung, die Dienstausbildung des Offiziers im Wege der Dienstaussicht zu beanstanden. Hierbei habe ich Inhalt und Ton Ihrer Schreiben an verschiedenen Dienststellen der Bundeswehr besonders berücksichtigt.

Mit freundlichen Grüßen  
gez. Dr. Wichert

Wir haben den kompletten Vorgang mit allen Schreiben im Wortlaut veröffentlicht. Wir wissen nicht, welche anderen „Schreiben an verschiedene Dienststellen der Bundeswehr“ Herr Dr. Peter Wichert, Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung, „besonders berücksichtigt“ hat.

---

## **Die Arroganz der scheinbar Mächtigen – Der Staatssekretär und sein General**

Im letzten Jahr feierte die Bundeswehr ihren 50. Geburtstag. 1955 wurde sie als reine Verteidigungsarmee gegründet. Mit dem bis heute offiziell gültigen Konzept der Inneren Führung sollte gesichert werden, dass sich deutsche Soldaten als Staatsbürger in Uniform nie mehr an Angriffskriegen beteiligen. Auch Soldaten haben sich an unsere Verfassung zu halten und mit dafür zu sorgen, dass Angriffskriege von unserem Territorium aus weder vorbereitet noch geführt werden, weil das der Art. 26 des Grundgesetzes ohne jede Einschränkung verbietet. Auch ein General und ein Verteidigungsstaatssekretär bewegen sich nicht im rechtsfreien Raum, sie haben wegen ihrer Dienststellung sogar besonders darauf zu achten, dass in ihrem Verantwortungsbereich Recht und Gesetz beachtet werden.

In unseren Anschreiben haben wir unter Berufung auf ein höchstrichterliches Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes auf klare Verstöße gegen unser Grundgesetz hingewiesen und die jeweiligen Ansprechpartner aufgefordert, in Wahrnehmung ihrer Amtspflichten dagegen einzuschreiten, dass die US-Streitkräfte von unserem Boden aus völkerrechts- und verfassungswidrige Angriffskriege führen.

Der Herr Generalleutnant findet es unter seiner Würde, überhaupt zu reagieren, und der Herr Staatssekretär deckt dieses Verhalten. Er rügt sogar Ton und Inhalt nicht näher bezeichneter weiterer Schreiben, ohne auch nur mit einem Wort auf unser juristisch begründetes Anliegen einzugehen. Mit der zwischen den fünf Zeilen seines lapidaren „Bescheides“ versteckten Drohung, „Ich weiß alles über euch!“, versucht er sich aus seiner Verantwortung zu stehlen.

Dieser Vorgang beweist, dass die Merkel/Müntefering-Regierung die Politik der Herren Schröder und Fischer zur angeblich verdeckten, aber inzwischen offenkundigen Unterstützung der Angriffskriege der Bush-Administration unbeeindruckt von immer neuen „Enthüllungen“ und einem eindeutigen Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes uneingeschränkt fortzusetzen gedenkt.

Es wird höchste Zeit, dass mehr Staatsbürger ohne Uniform durch fortlaufende Intervention bei Parlamenten und Gerichten mithelfen, das verfassungswidrige Verhalten von Bundeswehr- und Regierungsangehörigen zu beenden, damit grundgesetzwidrige Angriffshandlungen der US-Streitkräfte von unserem Boden aus endlich aufhören.

## **Ach, iwwerischens ...**

*Mer glaabts jo net, was sich so e Barrasskobb mäant alles leischde se kenne, blooss weiler e bissje Lamedda und e paar Schderncher an seim Wämmesje met sich erum draat. Mer solle jo eischentlich immer noch e Demokradie hann, un aa e General muss heitse-daachs uffbasse, dass alles sei Ordnung hat. Wann der mäant, sei Kumbels vun de Ami-Air Force, kennde bei uns mache, wasse wolle, isser awwer schief gewiggeld. Die Rekrudde misse glaawich immer noch lerne, was in unserm Grundgesetz alles drinschdeht, dass se wisse, fer wasse im Zweifelsfall de Kobb hiihalle misse.*

*Ei, Herr General, setze Se sich doch emol dezu, wann die junge Leit heere, was se eischentlich veteidische solle. Dann erfahre Se so ganz newebei aa, was Sie se due un se losse hann. Awwer warde Se net so lang, schun lande Se vielleicht noch vorm Kadi, un wanns schlimm kummt sogar im Bolles.*

---

### **Wichtige Telefonnummern:**

Luftwaffenamt Köln, gebührenfrei unter der Nummer	0800 / 8620730
Verbindungsbüro Flugplatz Ramstein	06371 / 952655
Innenministerium RLP –Flugbetrieb	06131 / 163382
Staatskanzlei Rheinland-Pfalz Mainz	06131 / 164700
Bürgertelefon Verteidigungsministerium Berlin	01888 / 242424

---

[www.luftpost-kl.de](http://www.luftpost-kl.de)

**VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern**